

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/188

Bonn, den 14. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	"Schöne Turm und Springer - opfere ein paar Bauern" ----- Amerikanisches Unbehagen vor der russischen Taktik in Berlin und Kuba Von unserem Korrespondenten in den USA	87
3	An gemeinsamen Kasstäben orientiert ----- Sozialdemokraten und die europäischen Institutionen	40
4	Stärker als die ODU ----- Das Gewicht der SPD in Ländern und Stadtstaatsparlamenten	37
5 - 7	Freiheit und soziale Sicherung ----- Von Lisa Korpeter, MdB	95

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

"Schöne Turm und Springer - opfere ein paar Bauern!"

Von unserem Korrespondenten in den USA

Die massive Invasion Kubas durch sowjetische Techniker, Instruktionsoffiziere, Waffen, Raketenrampen, Munition und Verwaltungssachverständige, die in Amerika eine Zeitlang zu einer panischen Angstwelle geführt hat, weil man in ihr eine reguläre sowjetische Militäraktion witterte (oder doch die Vorstufe dazu) hat sich mittlerweile als ein genial ausgedachtes Zug-um-Zug-Geschäft des Mannes im Kreml herausgestellt. In dem Moment, in dem sich die amerikanische Panik legte, erkannte man klar, worum es sich handelte: nämlich um eine praktische Anwendung von Chruschtschows Gegenseitigkeitstheorie. "Ihr habt Eure Truppen bei uns vor der Tür, nämlich in Berlin, also lege ich meine Truppen meinerseits dicht vor Eure Tür, nämlich nach Kuba. Ihr seht in Castro vor Eurer Tür eine Bedrohung, wir sehen die gleiche Bedrohung in der Existenz des "RIAS" und der westlichen Garnisonen in Berlin. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein."

Kuhhandel?

Es ist in Amerika behauptet worden, darin liege die Einladung zu einem grandiosen und in seiner Primitivität überwältigenden Kuhhandel: Ihr geht aus Berlin hinaus, und ich bin bereit, Castro seinem Schicksal zu überlassen. Wenn diese Schlußfolgerung stimmt, dann hat Moskau zweifellos einigen Amerikanern, denen das Hemd (Kuba) näher sitzt als der Rock im fernen Berlin, aus der Seele gesprochen; in der Mehrheit jedoch ist die amerikanische Stimmung für unsaubere und unerquickliche Pauschgeschäfte mit Moskau nicht gerade günstig. Die Antwort Kennedys, die darin bestand, neue Vollmachten zur Einberufung und Mobilmachung stattdlicher Reservereinheiten der Truppe zu geben, spricht nicht dafür, daß das Weiße Haus in Washington kuhhandelsfreudig ist, auch wenn hier und da bei den europäischen Verbündeten das Gegenteil behauptet wird.

Kennedy mag Chruschtschows Hoffnungen auf einen netten kleinen Kuhhandel einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht haben, dennoch haben die Sowjets es wieder einmal geschafft, wie schon einmal in Korea und später bei den permanenten Konflikten um die chinesischen Inseln Quemoy und Matsu: sie fanden jemanden, der bereit war, für sie, die Sowjets, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ohne daß sich der Kreml und seine Rote Armee die Finger verbrennen mußten, während auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten sehr wohl ihre eigenen Streitkräfte einzusetzen hatten. Es ist die Methode des Schachspieles, die Bauern zu opfern und wertvolle Figuren wie Turm, Springer und Läufer dadurch zu retten, um sie für spätere, wichtigere Kraftproben aufzusparen.

Chruschtschows Fehlspekulation

Es gibt Pessimisten und Kassandrarafer in Amerika, die aus dieser Erkenntnis folgern, daß der Kreml eben diese Bauern, das heißt die

Zonenregierung und die Zonenstreitkräfte, ohne mit der Wimper zu zucken auch einem echten "heissen" Zusammenstoß der Waffen aussetzen würde. Der taktische Ausgangspunkt häufiger westlicher Erwartungen, "Chruschtschow werde niemals wegen Berlin einen Krieg starten", sei also falsch; Chruschtschow werde gegen einen Krieg, der ihn nur seine "Bauern" kosten würde, nicht das geringste einzuwenden haben.

Diese pessimistische Interpretation dürfte aber wohl einen Haken haben, nämlich den, daß sie nur funktionieren kann, wenn sich auch die Gegenseite an dieses Spiel hält. Die Gegenseite, das ist in diesem Fall der Westen. Nur muß zwar zugegeben werden, daß man sich eine Zeitlang Sorgen über die künftige amerikanische Strategie machen mußte, weil die neue amerikanische Regierung und ihr Militärkommando zögerten, festzulegen, in wie weit Amerika sich in Berlin engagieren und welche neue Strategie es in diesem Fall anwenden sollte. Es war jedoch nirgends so schlimm wie in der Umgebung des deutschen Verteidigungsministers Strauss prophezeit und von westdeutschen Blättern aufgegriffen worden, daß Amerika gelassen einem Konflikt mit nichtatomaren Waffen zusehen würde, in dem sich die Volksarmee der Zone und die Streitkräfte der Bundesrepublik allein gegenüber stehen würden, während die Umwelt sich daraus halten werde.

Heute sind diese Verdächtigungen samt und sonders in Staub zerfallen. Gerade weil die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sind, Bauern zu opfern, um die eigenen wertvollen Kräfte dabei zu schonen, mußten die Herren im Pentagon eine neue Strategie ausarbeiten und ein lieb- und stichfestes System der Abwehr entwerfen. Wie gut oder schlecht es ihnen gelungen ist, läßt sich nicht erkennen, aber das Recht auf Einberufung von 150 000 Reservisten ist eine starke Waffe in den Händen des Präsidenten. Er wollte damit Druck mit Gegenruck beantworten, wie man es nach diesem Warnsignal vermuten darf. Er hat damit auf der Gegenseite durchaus Eindruck gemacht. Ganz gleich, ob Koskau den benötigten Sonderfrieden nun endlich doch unterzeichnen will oder ob es nur eine dramatisch-geräuschvolle Ouvertüre zur diesjährigen Eröffnung der Vollversammlung der JNO von den schrillen Dissonanzen des unerbittlichen Druckes auf Westberlin begleitet sehen möchte: Parik, Schwäche und Zögern sind verschwunden.

Schattenseiten

Chruschtschow muß erkennen, daß die Taktik der leichtfertig geopfertem Bauern auch ihre Schattenseiten hat. In allen militärtechnischen Erörterungen und Kalkulationen wird die Schlagkraft und Zuverlässigkeit der Streitkräfte Ulbrichts so ziemlich mit Null bewertet. Es zeigt sich außerdem, daß die sowjetischen "Techniker", die sich seit ein paar Wochen in Kuba befinden, für die Nähe der Vereinigten Staaten nicht unempfindlich sind. Es scheint Absprünge und Desertationen nach Florida in verhältnismäßig großer Zahl gegeben zu haben, was die Krewlplaner nicht vorausgesehen haben dürften. Andererseits haben sie erweicht, daß der Westen sich nunmehr wieder viel aktiver und entschlossener mit den Fragen der Initiativen, der Gegenmaßnahmen und der eigenen Vorstöße beschäftigt, wie aus Kennedys ernster gewordener Warnungen und dem britischen Festhalten an den Westberliner Truppenrechten zu entnehmen ist. Das hat Koskau sicherlich nicht bezweckt, als es sich zu der neuesten Verschärfung des Nervenkrieges entschloss.

An gemeinsamen Maßstäben orientiert

sp - Die bestehenden europäischen Institutionen zu demokratisieren, dem politischen Willen der Völker mehr Geltung und Wirkungsmöglichkeit zu geben, dem Europaparlament die Bedeutung zuzuführen, die ihm zusteht - das war das beherrschende Thema der Münchener Tagung der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments. Ihr gehören 34 Abgeordnete Sozialdemokratischer Parteien aus den sechs EWG-Staaten an. Die Zusammenarbeit zwischen dem Europaparlament und dem Ministerrat steht heute noch auf schwachen Füßen; praktisch kann der Ministerrat sich über die Entschlüsse des Parlaments hinwegsetzen und Entscheidungen aus eigener Machtvollkommenheit fällen. Dem Europaparlament kommt nur mehr oder weniger eine dekorative Bedeutung zu, ein Zustand, der unbefriedigend ist und nach Abhilfe verlangt. Der Ministerrat und die mächtig anschwellende Bürokratie in Brüssel haben eine Machtstellung, die große Gefahren in sich birgt. Viele Entscheidungen, wie etwa im Agrarsektor, sind heute schon der Kompetenz der nationalen Parlamente entzogen. Anstelle nationaler Rechte tritt ein übergeordnetes europäisches Recht. Der Aufbau Europas kann jedoch nicht allein dem Ministerrat und den Technokraten überlassen bleiben, auch dem Volkern muß Gelegenheit gegeben werden, durch ihre von den nationalen Parlamenten entsandten Vertreter im Europarat die Entwicklung zu beeinflussen. Die an Gewicht zunehmende europäische Gesetzgebung verlangt demokratische Kontrolle und Mitwirkung. Diese fehlen noch.

Wie können diese erreicht und gesichert werden, ohne daß komplizierte oder schwer erreichbare Vertragsänderungen nötig sind? Die europäischen Sozialdemokraten entwickelten in München dazu bestimmte Vorstellungen. Sie dürften der Europadiskussion belebende Impulse verleihen. Hier kommt es weniger auf juristische Verankerungen an, als vielmehr auf das politische Wollen, das, wenn kräftig genug ausgedrückt und der Unterstützung durch die öffentliche Meinung gewiss ist, auch nicht vom Ministerrat unbeachtet bleiben kann. Die Demokratisierung der europäischen Institutionen steht heute und morgen auf der Tagesordnung der Europapolitik. Eine wirkungsvolle Binschaltung des europäischen Parlaments in die gesetzgeberische Tätigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wird erst die Aufmerksamkeit des vielzitierten Mannes der Straße erwecken, Vorgänge und Entscheidungen sichtbarer und verständlicher werden lassen, als sie für ihn heute sind.

Die Arbeit der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments findet ihre Richtschnur in gemeinsamen Maßstäben. Daß auf dieser dreitägigen Tagung in München erneut die Dringlichkeit eines Beitritts Großbritanniens und anderer Brittländer betont wurde, hat schon sein besonderes Gewicht. Sie kommt einer Mahnung an bestimmte Regierungen gleich, sich diesem politischen Gebot und europäischer Notwendigkeit nicht durch Aufwerfung unnötiger Schwierigkeiten zu verapornen. Es war ein Franzose, der auf dieser Tagung erklärte, daß die französischen Sozialisten nicht die gleichen Bedenken gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG hätten wie die französische Regierung.

Stärker als die CDU

sp - Am 23. September und im November dieses Jahres finden zuerst in Schleswig-Holstein und dann in Bayern Landtagswahlen statt. Bei diesen Wahlen geht es darum, ob die von der CDU und der CSU geführten Regierungskoalitionen durch Länderkabinette abgelöst werden, die von den Sozialdemokraten getragen werden. Schon heute ist das Gewicht der Sozialdemokraten in den Parlamenten und Regierungen der elf Bundesländer nicht mehr zu übersehen. Die Sozialdemokraten sind hier zum Teil schon seit Kriegsende allein oder mit Koalitionspartnern in der Regierungsverantwortung. Dort, wo sie mit Koalitionspartnern zusammenarbeiten, hat es stets eine harmonische Zusammenarbeit gegeben.

Zur Zeit gehören den deutschen Länderparlamenten 597 Abgeordnete der SPD an, die damit die stärkste Partei in den Parlamenten ist. 550 Parlamentarier wurden von der CDU und CSU in die Parlamente entsandt. 34 von der FDP, 80 weitere gehören der Gesamtdeutschen Partei, 14 der Bayern-Partei, sechs der Saarländischen Volkspartei und je zwei dem Südschleswigschen Wählerverband (Schleswig-Holstein) und der Deutschen Demokratischen Union (Saarland) an. Ein Parlamentarier bekennt sich zu der extrem rechten Deutschen Reichspartei und vier Abgeordnete schließlich sind fraktionslos.

Das Gewicht der Sozialdemokraten zeigt sich auch bei einem Blick auf die Minister- und Senatorenliste der Länder. 42 Minister kommen aus den Reihen der Sozialdemokraten, 36 aus denen der CDU, 16 von der FDP und je sechs schließlich von der CSU und der GdP. Sozialdemokratische Regierungschefs gibt es in Hamburg, Niedersachsen, Berlin, Bremen und Hessen. Die Frage ist nur, ob es sie künftig auch in Kiel und München geben wird. Die Beantwortung dieser Frage hängt eng mit der künftigen Mehrheit im Bundesrat zusammen.

Umrechnungen der letzten Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein und in Bayern haben gezeigt, daß sowohl in Kiel als auch in München nach der Wahl eine von der SPD geführte Regierungskoalition möglich sein kann. Die Kieler Koalition aus CDU und FDP stützt sich überhaupt nur auf 49,9 Prozent der bei der letzten Landtagswahl abgegebenen gültigen Stimmen, während in München die CSU allein nur auf 45,6 Prozent kam.

Es gibt kein Bundesland, in dem CDU oder CSU über 50 Prozent bei den zurückliegenden Landtagswahlen erhielten, wohl aber erhielt die SPD in den Bundesländern Hamburg, Bremen und Berlin weit über 50 Prozent aller gültigen Wählerstimmen.

Freiheit und soziale Sicherung

Von Lisa Korpeter, MdB

Die deutsche Sozialpolitik hat seit ihrem Bestehen im Umfang wie im Inhalt weitgehende Wandlungen durchgemacht. Sie wurde in den Anfängen betrieben als Armenpflege, geboren aus dem Gedanken der Barmherzigkeit, der Menschlichkeit, der Religiosität.

Erst mit der industriellen Entwicklung und dem damit Hand in Hand gehenden Massenelend der Fabrikarbeiterschaft setzte sich die Erkenntnis durch, daß bestimmte Notatbestände ihre Ursache in der sozialen Situation der Menschen haben, daß sie also keineswegs privater Natur sind.

Das war der Ausgangspunkt für die Maßnahmen der damaligen Sozialpolitik, die uns die Bismarcksche Sozialpolitik brachte und nach der dem Arbeiter im Falle von Krankheit, Invalidität, Unfall und Alter staatlich fixierte Rechtsansprüche gewährt wurden. Dabei ging man damals, das zeigt sich ganz deutlich in der von Bismarck redigierten Botschaft Kaiser Wilhelms vom November 1881, von zwei grundsätzlichen Gedanken aus. Einmal von der Fürsorge für den Hilfsbedürftigen, zum anderen aber auch von der Erhaltung der Gesellschaftsstruktur des damaligen Reiches. Während also die Bismarcksche Sozialpolitik, die sogenannte klassische Sozialpolitik, auf patriarchalischer Fürsorge in rechtsstaatlicher Form auf die Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse abzielte, muß die Sozialpolitik von heute ein völlig anderes Ziel haben, wenn sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen will.

Sozialreform ist Gesellschaftsreform

Sozialpolitik hat also im Umfang und im Inhalt weitgehendere Aufgaben als früher. In der Gegenwart geht es nicht mehr nur darum, die Arbeiterfrage zu lösen. Im Gegenteil, vor uns steht die Aufgabe, den verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft die notwendige soziale Sicherung zu geben. Wir wissen, daß heute Berufsgruppen in die soziale Sicherung drängen, die früher niemals daran gedacht haben, sie in Anspruch zu nehmen, ja, die sich deklassiert, in ihrer Freiheit eingeschränkt gefühlt hätten, hätte man sie ihnen geben wollen. Heute for-

dem sie die soziale Sicherung, weil ihnen die persönliche Erfahrung gezeigt hat, daß sie ihr soziales Schicksal nicht mehr auf ihre Arbeitskraft und auf ihr persönliches Eigentum stützen können. Sie sind auf den sozialen Ausgleich in der Gemeinschaft angewiesen, um in bestimmten Lebenslagen bestehen zu können.

Inhaltlich ergab sich für die Sozialpolitik die Erkenntnis, daß es nicht mehr genügt, die Lage der Betroffenen nur materiell zu verbessern. Da der Arbeitende, mit dem es die Sozialpolitik zu tun hat, Mensch ist, nicht etwa nur Arbeitskraft, muß davon ausgegangen werden, daß dieser Mensch in das gesamte gesellschaftliche Leben einbezogen wird. Die moderne Sozialpolitik muß sich deshalb auch mit den ethischen, rechtlichen, gesellschaftlichen Problemen des Arbeitenden und ihrer Rückwirkung auf ihn befassen.

Sozialpolitik kann keine Notstandspolitik sein

Damit aber nicht genug. Die Sozialpolitik von heute darf nicht mehr primär auf den Fall der Schädigung gerichtet sein, nicht mehr nur an bestimmte Notatbestände anknüpfen, nicht mehr nur Feuerwehren spielen wollen; sie muß vorrangig nach den Ursachen der Notstände forschen und diese Ursachen unmittelbar bekämpfen. Sozialpolitik von heute kann und darf nicht mehr wie früher in erster Linie Notstandspolitik sein, sie ist weit mehr. Sie muß dem Menschen in der modernen Industriegesellschaft die Voraussetzungen dafür schaffen, daß er sich als freie Persönlichkeit entwickeln und mit den Seinen auch in den verschiedenen Schicksalseschicksalen seines Lebens behaupten und in Würde leben kann. Dabei spielt der Gedanke der Vorbeugung und Vorsorge eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle.

Als Merkmal unserer Zeit muß dabei das Ineinandergreifen von persönlicher Initiative und gesellschaftlicher Leistung entwickelt werden. Hier steht die Erkenntnis, daß der Pflicht und dem Recht des einzelnen, sich selbst zu helfen, der Dienst des Ganzen zur Seite stehen muß, um ihm die gesellschaftliche Stütze zu geben, Selbstvorsorge und Selbsthilfe auch tatsächlich treiben zu können. So gesehen und so entwickelt wirken die Verantwortung des Ganzen, insbesondere des Staates und die Freiheit des einzelnen organisch zusammen anstatt sich im Gegeneinander gegenüber zu stehen. Dem verantwortungsbewußten Pflichtgefühl des freien Staatsbürgers muß die gleich verantwortungsbewußte Haltung des Staatganzen entsprechen.

Abweirge Regierungsauffassung

Deshalb ist es auch völlig abwegig, daß in der Regierungserklärung von 1961 die Aufgaben der sozialen Ordnung in einen Gegensatz zur Freiheit des einzelnen in der Gesellschaft gebracht werden und daß diese Vorstellungen von der CDU/CSU in den Debatten im Bundestag ständig zum Ausdruck gebracht werden. Das haben wir im Bundestag bei der Beratung der Großen Anfrage der SPD über Krankenversicherung, Lohnfortzahlung und Kindergeld und auch bei der Debatte um das Ausbildungsförderungsgesetz erlebt. In der Sozialdebatte am 15. Juni wurde von dem Sprecher der CDU als Konzeption seiner Partei der Gegensatz zwischen Freiheit und sozialer Sicherheit und sozialer Sicherung und breiter Eigentumsbildung herausgestellt. Das heißt also, daß man den Versuch zu unternehmen gönnt, die Bestrebungen zur Eigentumsbildung, die sowieso erst in den kleinsten Anfängen stecken, dadurch wieder fragwürdig zu machen, daß auf der anderen Seite die soziale Sicherung der arbeitenden Menschen angetastet werden soll. Man will, so wurde es deutlich, die soziale Sicherung und die Vermögensbildung gegeneinander aufrechnen.

Sozialdemokraten fordern modernen Sozialstaat

Wir Sozialdemokraten haben sowohl in unserem Godesberger Grundsatzzprogramm als auch im Regierungsprogramm von 1961 deutlich den modernen Sozialstaat gefordert. Bei der Forderung nach diesem Sozialstaat sind wir ganz sicher nicht von dem Gedanken ausgegangen, den Staat zu einem schlüfrigen Versorgungstaat zu machen oder die Menschen dazu anzuregen, sich künftig alle Sorgen um die Gestaltung des persönlichen Daseins abnehmen zu lassen. Wir wollen, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, und wie es in der Debatte um das Ausbildungsförderungsgesetz auch zum Ausdruck gekommen ist, eine Politik der Hilfe zur Selbsthilfe und nicht eine Politik, die dem Menschen die Eigenverantwortung abnimmt. Dabei müssen wir von der Erkenntnis ausgehen, daß Freiheit und soziale Sicherheit keine Gegensätze sondern unmittelbar miteinander verbunden sind.

* * *